Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 6 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigenannahmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 248 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 23. Oktober 1931

England im Wahlkampf.

(Von einem Sondermitarbeiter.)

London, im Oktober.

Der englische Freihandel, den nicht jeder liberale Politiker außerhalb Englands als Vorbild pries, existiert in Wahrheit schon seit geraumer Zeit nicht mehr. Zölle wurden unter allen möglichen Gesetzen und Verordnungen schon längst erhoben. Trotzdem werden sich die in der nächsten Woche stattfindenden Wahlen wieder um diesen Freihandel drehen. Der viel mißbrauchte Ausdruck muß eben in einer Zeit herhalten, in der keiner der englischen Führer eine zündende nationale Parole findet. Alle Wahlmanifeste, die hier täglich auf uns regnen von allen Seiten, von Frommen und Gottlosen, von Beamten und Privaten, von Parteien und Klubs, sagen eigentlich ausnahmslos dasselbe. Das Ziel ist Wiederherstellung des Verhältnisses vom Papierpfund zum Gold und Ausbalancierung von Einfuhr und Ausfuhr, das heißt Einschränkung des Imports, Steigerung des Exports. Das ist Zollschutz und nichts anderes.

Alle diese Manifeste sehen gleich aus, klingen müde. Ist England müde? Fast scheint es so. Wäre es anders, dann würde England nicht von Frankreich auf dem großen internationalen Feld herumgezerrt werden, wie es den Pariser Machthabern gerade paßt. Stände wirklich hinter den Phrasen bestimmter Parteiführer nationaler Wille zur Aufrichtung, dann wäre längst eine Mobilisierung der riesigen immer noch vorhandenen nationalen Werte erfolgt, nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der Landesgrenzen. Aber nichts geschieht. Nicht nur der fremde Beobachter, sondern aufrichtige englische Politiker und Patrioten selbst behaupten, daß diese Wahl nur ein Kampf um Parlamentssitze sei. Das ist nicht sehr erhebend, auch nicht vom deutschen Standpunkt aus gesehen. Denn wir wollen wieder ein starkes England sehen. England aber überläßt heute Paris und Washington die Weltentwicklung. Der Zusammenbruch Deutschlands und aller seiner kleinen Anlieger, der furchtbare Zustand Chinas und Indiens, die schwere Krise in Nord- und Südamerika haben die Männer, die jetzt die Wahlproklamationen entwerfen, immer noch nicht belehrt, daß die englische Krise keine Spezialkrise, sondern ein Teil der Weltkrise ist.

Der Besucher, der sich nur kurze Zeit in England aufhält, sieht im allgemeinen nur London und geht, entzückt von den Formen des Verkehrs, der Höflichkeit des einzelnen Engländers, der Ruhe der Bevölkerung und der Raffiniertheit aller Londoner Bewegungsmittel, voll Staunen nach dem unruhigen Kontinent zurück. Wer aber hier ständig lebt und damit die täglichen Sorgen des Engländers teilt, ist weniger beglückt. Denn er trägt die schwere Steuer mit und stöhnt mit 45 Millionen Engländern über die hohen Kosten der Lebenshaltung. Auf den grünen Inseln ist man sehr geduldig. Trotzdem schüttelt der fremde Beobachter darüber den Kopf, was dem Wähler hier an Widersprüchen vorgesetzt wird. Irgend etwas stimmt hier eben nicht. Die Lebensmittel sind, vom Produzenten gekauft, ebenso teuer wie in Deutschland. Das Endresultat, nämlich das vorgesetzte Essen, kostet das Dreifache. So ist es mit allem hier. Die Arbeit wird zu hoch bezahlt. Der Zwischenhandelsverdienst ist zu groß. Die Menge derjenigen, die, ohne viel zu arbeiten, gut leben wollen, die bisher Staatspensionäre der ganzen Erde waren, ist zu hoch. Der Lohn kann aber nicht heruntergesetzt werden, weil das eine nationale Katastrophe wäre. Aus diesen Widersprüchen haben die Parteien den Honig ihrer Manifeste gesaugt, ein Kunststück!

Man spricht vom englischen gesunden Menschenverstand. Nachdem sich die Liberalen in drei Gruppen gespalten haben und damit politisch fast bedeutungslos geworden sind, hätte man annehmen müssen, daß sie sich Stärkeren anschließen, anstatt selbständig in ihren Teilen weiter zu vegetieren. Auch von den Sozialisten hat sich eine kleine Gruppe abgesprengt. Auf diese Weise kristallisiert sich an den geschlossenen konservativen Block liberale und sozialistische Gruppen. Alles in allem muß man sagen, daß diese Wahlen Angstwahlen sind, daß ihnen der nationale Schwung, den wir an England immer bewundert haben, fehlt. Schon im Auftakt spürt man die Müdigkeit und nach alledem ist nicht zu erwarten, daß England mit dem neuen Parlament in der internationalen Entwicklung jene aktive kontrollierende Stellung wieder einnehmen wird, die allein das zur Weltwirtschaft unfähige Frankreich in seine Schranken weisen könnte.

Keine Auflösung des Bayernlandtags.

München. Die der gestrigen Landtagssitzung vorliegenden Anträge veranlaßten eine stundenlange heftige Debatte, welche sich bis in die Nachtstunden hinzog. Die Anträge der Deutschnationalen und Kommunisten auf Auflösung des Landtages wurden mit 94 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Auch der Antrag der Deutschnationalen und Nationalsozialisten, der feststellen will, daß der Landtag mit nur 113 Mitgliedern nicht mehr der Verfassung entspreche und daher aufzulösen sei, verfiel der Ablehnung.

Großer Empfang Lavals in Newyork

Damoklesschwert und Knüppel.

Warnungen an Laval und Hoover.

Mit Freudenschüssen, Parade, großen Aufzügen und Rathausreden begrüßte Newyork den französischen Ministerpräsidenten Laval bei seiner Ankunft auf amerikanischem Boden. Diese Feierlichkeiten gehen über das Maß des sonst bei politischen Empfängen Üblichen hinaus und zeigen, daß man dem Ministerbesuch ganz besondere Bedeutung beimißt. Der Besuch wird nur kurz sein, und es ist fraglich, ob das Resultat dem großen Aufwand entsprechen wird. Schon sind bittere Tropfen in den Becher der Freude gefallen, denn der Beschluß der Newyorker Großbanken, die Verzinsung des französischen Kapitals in Amerika nicht zu erhöhen, scheint das kürzliche Abkommen zwischen der Bank von Frankreich und der Federal Reservebank ernstlich in Frage zu stellen. Der Untergouverneur der Bank von Frankreich soll diese Erhöhung zur Vorbedingung für die Belassung der 200 Millionen Dollar in Amerika gemacht haben. In Kreisen der Bank von Frankreich nimmt man anscheinend an, daß es den französischen Unterhändlern doch noch gelingen werde, eine Erhöhung des Zinsfußes durchzudrücken. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein, so erscheint es nicht ausgeschlossen, daß die Bank von Frankreich ihr Geld aus Amerika zurückzieht, was natürlich zur Folge haben würde, daß auch die übrigen Pariser Großbanken ihre Guthaben vollständig löschen würden. Gewisse französische Kreise führen als Grund für das Ultimatum an die amerikanischen Banken an, daß es das Damoklesschwert sei, das über dem Haupt des Präsidenten Hoover bei seinen Besprechungen mit Laval schwebe. Laval strebe nach dem Weltfrieden, aber im französischen Sinne, und der Franc sei der Knüppel, mit dem er die französische Übersetzung des Wortes „Sicherheit" in den Kopf des amerikanischen Präsidenten hineinpauken wolle.

Aber nicht nur in bezug auf das Verhältnis Amerika-Frankreich werden Stimmen von Pessimisten laut, sondern auch ein Erfolg für die Behebung der Weltwirtschaftskrise wird mit einigem Zweifel betrachtet. Der bekannte schwedische Volkswirtschaftler und Währungsfachmann Professor Gustav Cassel wendet sich in einem Artikel mit einer Warnung an Laval und Hoover. Er schreibt u. a.:

„Haben Laval und Hoover verstanden, was es gilt? Haben sie sich so sehr von Kriegstraditionen und wirtschaftlichen Zwangsvorstellungen freimachen können, daß sie radikal mit der Politik zu brechen vermögen, die die Weltwirtschaft an den Rand des Abgrundes geführt hat?" Cassel stellt fest, daß die Tributforderungen ohne die geringste Rücksicht auf Deutschlands Zahlungsschwierigkeiten festgesetzt worden sind. Trotz der Katastrophe, die jetzt über die Welt hereingebrochen sei, habe man sich noch nicht die Frage vorgelegt, ob es für Deutschland möglich sei, auch nur einen kleinen Bruchteil der Reparationen zu zahlen. Man befürchte, daß Deutschland durch wirtschaftliches Aufblühen wieder erstarken könne, und fordere die Tribute, um es am Boden zu halten. Deutschland sei nicht imstande gewesen, auch nur einen Pfennig der Reparationen selbst zu zahlen; die deutsche Auslandsverschuldung sei um 18,2 Milliarden Mark gestiegen. Jetzt könne Deutschland nichts mehr borgen; im Gegenteil: das Ausland entziehe ihm die kurzfristigen Kredite. Nun frage man sich, was denn eigentlich geschehen solle, wenn das Moratorium ablaufe. Es sei für Deutschland unmöglich, in nächster Zukunft irgendwelche Zahlungen aufzubringen. Frankreich komme jedoch nicht nach Washington mit einem Programm, in dem diese Tatsache berücksichtigt werde. Es gebe kein Anzeichen dafür, daß sich die Staatsmänner, die sich jetzt in Washington treffen wollten, über die Gefahr einseitiger Goldverteilung klar seien. Eine Herabsetzung der Kriegsschulden sei in Wirklichkeit kein Opfer. In Washington werde man jedoch über unwesentliche Dinge sprechen und weiter so handeln wie bisher; man werde sich auf alle Weise Gold aneignen, das Preisniveau herabdrücken und die letzten Reste des Vertrauens und der Zahlungsmöglichkeit vernichten. Darauf werde man die Hände in Unschuld waschen. Es nütze nichts, zu versuchen, Frankreich und Amerika davon zu überzeugen, daß sie unrecht handelten. Aber der allgemeine Ruin werde auch sie bald erreichen. Fraglich sei nur, ob die Wahrheit erkannt werde, ehe es zu spät sei.

•

Laval in Newyork.

Empfang auf dem Rathaus.

Der Staatskutter der Stadt Newyork, „Macon", der Laval an Land brachte, wurde von einer großen Zahl von Marine- und Armeeflugzeugen begleitet. Sämtliche Dampfer im Hafen begrüßten das Fahrzeug mit Sirenengeheul, während die Batterie auf der Gouverneurinsel den Salut von 19 Schuß feuerte.

Laval sprach dem Bürgermeister Walker seine Bewunderung für die Stadt Newyork aus, wo er seine Pilgerfahrt abschließe, die in London begonnen und dann nach Berlin geführt habe. Er habe dabei immer das Ziel im Auge gehabt, zur Behebung der Weltkrise beizutragen. Frankreich sei friedliebend und die Behauptung ganz abwegig, daß es die Vorherrschaft in Europa anstrebe. In einer von Zweifeln zerrissenen Welt müssen unsere beiden großen Demokratien gemeinsam nach Methoden suchen, die die Ruhe und das Gleichgewicht wiederherstellen, und müssen diese Methoden wirksam anwenden. Ich spreche im Namen eines Landes, das entschlossen ist, seine Bemühungen mit denen Amerikas zu verbinden, um den Gefahren zu begegnen, die unsere Kultur bedrohen.

Laval reiste nach Washington weiter, wo er abends an dem Galadiner im Weißen Hause teilnahm.

•

Begrüßung Lavals in Newyork.

Ein Reparationsgegner empfängt den Minister.

Die „Isle de France" mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval an Bord traf pünktlich im Newyorker Hafen ein. Der mit französischen und amerikanischen Fahnen reich geschmückte Staatskutter der Stadt Newyork holte Laval und seine Begleiter von der Quarantänestation ab.

An Bord des Schiffes befand sich der städtische Empfangsausschuß unter Führung des Aufsichtsratsvorsitzenden der Chase Nationalbank, Wiggin. Infolge der frühen Morgenstunde hatte sich nur eine geringe Zahl von Neugierigen an der Battery eingefunden.

Der Ernennung Wiggins zum Vorsitzenden des Newyorker Empfangsausschusses mißt man in unterrichteten amerikanischen Finanzkreisen angesichts der bekannten Stellungnahme Wiggins für die Streichung der Reparationszahlungen, die er als das beste Geschäft für Amerika bezeichnete, große Bedeutung bei.

Im Batterypark wurde Laval von Staatssekretär Stimson offiziell begrüßt, worauf die Fahrt über den Broadway nach der City Hall angetreten wurde. Ein langer Zug Automobile, an der Spitze die französischen Gäste und die amerikanischen Regierungsvertreter, fuhr den Broadway entlang, wo er mit Konfetti und Papierstreifen förmlich überschüttet wurde.

Washington, 22. Oktober. In Washington empfing Laval im Zuge erneut Pressevertreter, die er bat, die Welt nicht durch Berichte über angeblich gefaßte Entschlüsse in Aufregung zu versetzen, wenn tatsächlich keine Entschlüsse gefallen seien. Er habe die Absicht, mit Hoover freimütig alle Fragen zu besprechen, die augenblicklich die Weltmeinung bewegten. Danach zog sich Laval mit Stimson in dessen Privatabteil zurück, wo dann die amerikanisch-französische Aussprache ihren Anfang nahm. Der erste Besuch beim Präsidenten Hoover ist für 18 Uhr (MEZ.) angesetzt.

•

Washingtoner Befürchtungen.

Die Washingtoner Regierungskreise zeigen sich besorgt über die hartnäckigen Gerüchte, daß Laval beabsichtige, die Sicherheitspaktforderungen in den Vordergrund zu stellen. In Washington wird erneut unzweideutig zu verstehen gegeben, daß die amerikanische Regierung nicht in der Lage sei, derartige Wünsche zu berücksichtigen. Die wichtigste Frage sei die der Wiederbelebung der kranken Weltwirtschaft. Daher müßten in erster Linie die Fragen der Kriegsverschuldung, des Goldstandards, der Kreditverteilung und der Abrüstung behandelt werden. Die Frage eines Sicherheits- oder Garantiepaktes zur Sprache zu bringen, sei für Hoover eine zu starke Belastung und daher nicht erörterungsfähig.

Grandis Besuch in Berlin.

Was Mussolini von der Reise hofft.

Wenn der französische Ministerpräsident im Weißen Hause in Washington seine Hauptbesprechung mit dem amerikanischen Präsidenten haben wird, wird der italienische Außenminister Grandi am Sonntag in Berlin der deutschen Regierung seinen Besuch machen. Der italienische Staatschef Mussolini, der auch eingeladen war, mußte dringender Regierungsgeschäfte wegen zu seinem großen Bedauern den Besuch absagen, den er aber später einmal nachzuholen gedenkt. Über den Geist, in dem die Verhandlungen Grandis in Berlin stehen sollen, erklärt das Blatt Mussolinis, die „Popolo d'Italia", u. a. folgendes:

„Die gegenwärtige Krise kann nur mit einer allgemeinen Verständigung überwunden werden. Keine Nation kann sich ihr entziehen, selbst wenn sie sich mit Barrikaden von Goldbarren oder Zollmauern und Festungen umgibt.

Nach der Waffenruhe müssen die Gemüter beruhigt und der Kriegshaß ebenso abgebaut werden wie die ge-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF